

„Das Betreuungsgeld ist unsinnig“

MdB Arnold zum Anspruch auf einen Betreuungsplatz – Unterschiede im Kreisgebiet

NTE
09.09.12
S.47

(pm) In einem guten Jahr wird der Rechtsanspruch für Kinder ab dem ersten Lebensjahr auf einen Betreuungsplatz in Kraft treten. Die Zeit dränge, doch nach wie vor fehle es an Betreuungsplätzen, an qualifiziertem Personal und an dem dafür notwendigen Geld, so der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) in einer Pressemitteilung. Der notwendige Ausbau der Betreuungsplätze gehe auch im Landkreis Esslingen voran, doch noch gebe es großen Handlungsbedarf.

Um möglichen Klagen zu entgehen, müsse nun schnell gehandelt werden. „Ich habe alle Gemeinden in meinem Wahlkreis befragt, um zu erfahren, ob sie die gesetzliche Quote erreichen“, sagt Arnold. Fast alle würden die Bedingungen erfüllen, doch bei einigen wenigen werde es schwer. Es fehle den Kommunen das notwendige Geld für den Ausbau. Anstatt das unsinnige Betreuungsgeld zu forcieren, sollte Familienministerin Schröder lieber in den Ausbau in-

vestieren, so Arnold. Dies habe die SPD-Bundestagsfraktion bereits in einem Antrag im Juni im Bundestag gefordert.

Es stelle sich zudem die Frage, ob in den Gemeinden eine Quote von 35 Prozent überhaupt ausreiche. Die Bürgermeister sorgten sich, dass auch große Investitionen nicht ausreichen werden, um den Bedarf zu decken. In Großbettingen werde beispielsweise noch eine zusätzliche altersgemischte Gruppe eröffnet, da auch der Bedarf an Plätzen für über Dreijährige steige.

Mit einer voraussichtlichen Betreuungsquote von über 50 Prozent werden besonders gut Bempflingen, Altdorf und Owen aufgestellt sein. Bempflingen, Waldenbuch und Neckartenzlingen planen jeweils eine neue Kinderkrippe. Frickenhausen liege auch in der vorgeschriebenen Quote, möchte aber den eigenen Anspruch erfüllen und eine Quote von 100 Prozent erreichen.

Einige Kommunen bauen um, organisieren die Kindertagesstätten neu oder schaf-

fen ganz neue Gruppen. Schlaitdorf stelle eine weitere Halbtagskraft ein. Arnold ist sich sicher, dass manche Gemeinden sich gezwungen sehen, die Gebühren zu erhöhen. Arnold zeigt durchaus Verständnis für die Sorgen vieler Kommunalpolitiker, die keine Schulden machen sollen und gleichzeitig verlässliche und qualifizierte Bildungsangebote schaffen müssten. Deshalb plädiert Arnold nach wie vor für eine Steuerpolitik, die die starken Schultern in der Gesellschaft stärker zur Finanzierung der Zukunftsaufgaben im Bildungsbereich heranziehe, um auch die Kommunen zu entlasten.

Die SPD-Bundestagsfraktion habe bei den Verhandlungen für den Fiskalpakt erreicht, dass die Kommunen 580,5 Millionen Euro für den Kita-Ausbau erhalten. „Das ist schon ein richtiger Schritt“, meint Arnold. Wünschenswert wäre darüber hinaus eine bundesweite Fachkräfte-Initiative der Bundesregierung in Kooperation mit Ländern und Kommunen.